



Behörden legen Spurt für Ortsumgehung ein

Hoffnung auf Baustart in Freiberg noch in diesem Jahr

Von Steffen Jankowski

Freiberg. Für die Ortsumgehung von Freiberg könnte noch in diesem Jahr der erste Spatenstich erfolgen. Diese Hoffnung bekräftigte zumindest Bernd Rohde vom sächsischen Wirtschaftsministerium am Dienstagabend auf einem Forum im Freiburger "Brauhoft". Wenn alles gut laufe, so der Abteilungsleiter vor den rund 150 Versammelten weiter, könne Mitte des Jahres der Planfeststellungsbeschluss erlassen und damit Baurecht geschaffen werden.

Einwände werden bearbeitet

"Wir erarbeiten zurzeit die Stellungnahmen zu den eingereichten Bedenken gegen unsere Planung und hoffen, dass die Landesdirektion Chemnitz die Erörterungstermine bereits im März ansetzt", ergänzte Carsten Mühlmann, der Leiter des Straßenbauamtes Chemnitz. In bis zu drei Runden werde dann über die Kritiken der Betroffenen beraten. Das Ergebnis der Abwägung fließe in den Planfeststellungsbeschluss ein. Nach Angaben der Landesdirektion liegen 276 Einwände vor.

Sowohl Rohde als auch Mühlmann lehnten es auf dem Forum zugleich ab, über einzelne Vorbehalte zu diskutieren. "Die Planung ist eingereicht und wird nicht mehr verändert. Jetzt muss die Landesdirektion prüfen, ob alles richtig gemacht worden ist", sagte Rohde.

Ministerium rechnet mit Klagen

Angesichts der angekündigten Millionen aus dem Konjunkturpaket legten die Behörden für Freiberg einen Spurt ein, betonte der Abteilungsleiter. So werde die Planfeststellungsbehörde der Landesdirektion personell verstärkt, und die Versetzung des zuständigen Bearbeiters beim Straßenbauamt verschoben, um das Verfahren zügig zu Ende zu führen. Auch die europaweite Ausschreibung könne gestrafft werden.

Er rechne allerdings auch damit, so der Gast aus Dresden weiter, dass Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss eingereicht werden: "In Deutschland wird heute jede größere Straßenbaumaßnahme beklagt." Das Ministerium werde dann außergerichtliche Einigungen anstreben oder zumindest mit den Abschnitten beginnen, die verkehrstechnisch sinnvoll und nicht vom Gericht mit einem Baustopp belegt sind. So sei beispielsweise auch die Verlegung der B 173 in Flöha begonnen worden, obwohl das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Überquerung der Flöhaue vorläufig untersagt hat.

"Waren noch nie so nah dran"

"Wir waren noch nie so nah dran und müssen jetzt an einem Strang ziehen", wandte sich die SPD-Landtagsabgeordnete Simone Raatz, die zu dem Forum eingeladen hatte, fast schon beschwörend an die Zuhörer im dicht gefüllten Brauhofsaal. Sie wohne selbst in Neufriedeberg und wisse um die Befürchtungen ihrer Nachbarn wegen der nahen Trasse, sagte die Abgeordnete, "aber es hat zehn Jahre gedauert, um bis hierherzukommen. Jetzt noch einmal alles anders zu machen, geht nicht."

Ein Hauptkritikpunkt ist, dass die Trasse im Hospitalwald bis zu acht Meter hoch gelegt werden soll, um über die Bahngleise zu kommen. Das Naherholungsgebiet im Westen werde zerstört, hieß es auch in der Brauhofrunde wieder, statt zuerst die Gewerbegebiete im Süden und Osten zu verbinden. Abteilungsleiter Rohde betonte, "dass wir die gesamte Ortsumgehung bauen wollen. Das wird aber wahrscheinlich vier Jahre dauern."

Insgesamt soll die Trasse nach seinen Worten 13,5 Kilometer lang werden und rund 65 Millionen Euro kosten. Es müssten etwa zehn Hektar Wald gerodet werden; dafür würden aber auf 63,5 Hektar neue Bäume gepflanzt. Kommentar

Behörden legen Spurt für Ortsumgehung ein

Hoffnung auf Baustart in Freiberg noch in diesem Jahr

VON STEFFEN JANKOWSKI

Freiberg. Für die Ortsumgehung von Freiberg könnte noch in diesem Jahr der erste Spatenstich erfolgen. Diese Hoffnung bekräftigte zumindest Bernd Rohde vom sächsischen Wirtschaftsministerium am Dienst-

Sowohl Rohde als auch Mühlmann lehnten es auf dem Forum zugleich ab, über einzelne Vorbehalte zu diskutieren. „Die Planung ist eingereicht und wird nicht mehr verändert. Jetzt muss die Landesdirektion prüfen, ob alles richtig gemacht worden ist“, sagte Rohde.



tagabend auf einem Forum im Freiburger „Brauhaus“. Wenn alles gut laufe, so der Abteilungsleiter vor den rund 150 Versammelten weiter, könne Mitte des Jahres der Planfeststellungsbeschluss erlassen und damit Baurecht geschaffen werden.

Einwände werden bearbeitet

„Wir erarbeiten zurzeit die Stellungnahmen zu den eingereichten Bedenken gegen unsere Planung und hoffen, dass die Landesdirektion Chemnitz die Erörterungstermine bereits im März ansetzt“, ergänzte Carsten Mühlmann, der Leiter des Straßenbauamtes Chemnitz. In bis zu drei Runden werde dann über die Kritiken der Betroffenen beraten. Das Ergebnis der Abwägung fließe in den Planfeststellungsbeschluss ein. Nach Angaben der Landesdirektion liegen 276 Einwände vor.

Ministerium rechnet mit Klagen

Angesichts der angekündigten Millionen aus dem Konjunkturpaket legen die Behörden für Freiberg einen Spurt ein, betonte der Abteilungsleiter. So werde die Planfeststellungsbehörde der Landesdirektion personell verstärkt, und die Versetzung des zuständigen Bearbeiters beim Straßenbauamt verschoben, um das Verfahren zügig zu Ende zu führen. Auch die europaweite Ausschreibung könne gestrafft werden.

Er rechne allerdings auch damit, so der Gast aus Dresden weiter, dass Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss eingereicht werden: „In Deutschland wird heute jede größere Straßenbaumaßnahme beklagt.“ Das Ministerium werde dann außergerichtliche Einigungen anstreben oder zumindest mit den Abschnit-



ten beginnen, die verkehrstechnisch sinnvoll und nicht vom Gericht mit einem Baustopp belegt sind. So sei beispielsweise auch die Verlegung der B 173 in Flöha begonnen worden, obwohl das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Überquerung der Flöhaaue vorläufig untersagt hat.

„Waren noch nie so nah dran“

„Wir waren noch nie so nah dran und müssen jetzt an einem Strang ziehen“, wandte sich die SPD-Landtagsabgeordnete Simone Raatz, die

zu dem Forum eingeladen hatte, fast schon beschwörend an die Zuhörer im dicht gefüllten Brauhaus. Sie wohne selbst in Neufriedeburg und wisse um die Befürchtungen ihrer Nachbarn wegen der nahen Trasse, sagte die Abgeordnete, „aber es hat zehn Jahre gedauert, um bis hierher zu kommen. Jetzt noch einmal anders zu machen, geht nicht.“

Ein Hauptkritikpunkt ist, dass die Trasse im Hospitalwald bis zu acht Meter hoch gelegt werden soll, um über die Bahngleise zu kommen. Das Naherholungsgebiet im

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Freiberger Zeitung
Erscheinungstag	Donnerstag, den 22. Januar 2009
Seite	13

→ Impressum → Kontakt